

Fraktion WBG

19.10.2019

An:
Frau Bürgermeisterin Leidemann

ggf. Nummer

- Antrag gemäß**
§ 9 Geschäftsordnung (Änderungsantrag)
- Vorschlag zur Tagesordnung**
(§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)
- zur Beratung im: Rat**
- Anfrage** (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme

- nachrichtlich
- Bürgermeisterin
- Ausschussvorsitzender d.
VKA
- SPD-Fraktion
- CDU-Fraktion
- Fraktion Bündnis 90 / Die
Grünen
- Fraktion bürgerforum
- Fraktion DIE LINKE.
- FDP-Fraktion
- Fraktion WBG
- fraktionslose Ratsmitglieder
- SFW

Betreff

Anpassung der Bußgelder für Umweltverstöße (z.B. Hundekot, wilde Müllentsorgung und wegwerfen von Zigarettenkippen, To-go-Bechern und Kaugummis

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Sehr geehrte Frau Leidemann,

Beschlussvorschlag:

Der Rat beauftragt die Verwaltung Bußgelder für Umweltvergehen (siehe Betreff) den Bußgeldkatalogen der Nachbarkommunen anzupassen und diese Vergehen engmaschiger zu kontrollieren.

Begründung:

Die bisherigen Apelle der Verwaltung haben nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Überall auf Gehwegen, in Parks oder auf Spielplätzen findet man Unmengen von Hundekot. Gerade in der Herbstzeit ist es Bürgern nahezu unmöglich, schadlos Wege zu passieren. Die bisherigen Bußgeldmaßnahmen und Kontrollen zeigen offenbar nicht die gewünschte Wirkung.

Die wilde Müllentsorgung an jeder nur erdenklichen Fläche schadet nicht nur dem Stadtbild, sie gefährdet auch Bürger und fordert vom zuständigen Stadtamt erheblichen Mehraufwand, der auf Kosten der Allgemeinheit geht. Hier sollten die Leerungszeiten von Abfallbehältern überprüft und ggf. nachgebessert werden. Eine deutliche Bußgeldanpassung für derartige Vergehen scheint zwingend notwendig.

Bisher wurde der Antrag der WBG vom 12.08.2019 auf Maßnahmen beim achtlosen Entsorgen von Zigarettenkippen vom Rat nicht ernst genug genommen. Viele Fachleute, Presse und Kommunen nehmen das Problem sehr ernst. Hier muss eine empfindliche Bußgeldanpassung erfolgen und den Verursachern zusätzliche Möglichkeiten der sachgerechten Entsorgung gegeben werden. Gleiches gilt für die Entsorgung von To-go-Bechern sowie das achtlose Ausspucken von Kaugummis. Der öffentliche Raum in Witten soll nicht zu einem „Mülleimer“ verkommen.

Fraktionsvorsitzender

Ratsmitglied

S. Brömmelsiek

W. Wiedemeyer